Gemeinde Brühl 8. Februar 2018

Amt: Bauamt
Zanner, Andrea

Beschlussvorlage (Nr. 2018-0021)

Beratungsfolge	**Art**	**Termin**
Gemeinderat	öffentlich	19.02.2018

TOP:

Vollständiger Rückbau öffentlicher Münz- und Kartentelefone in Brühl

---

Beschlussvorschlag:

Das Einverständnis zum vollständigen Rückbau der in Brühl bestehenden öffentlichen Münz- und Kartentelefone wird nicht erteilt. Die Gemeindeverwaltung Brühl begrüßt einen Austausch der Fernsprecher durch Basistelefone.

Sachverhalt:

Die Telekom Deutschland GmbH hat um Zustimmung der Gemeinde Brühl zum vollständigen Rückbau der öffentlichen Münz- und Kartentelefone an einzelnen Standorten in Brühl gebeten.

Der vor allem durch das veränderte Nutzerverhalten (Mobilfunk) hervorgerufene deutliche Nutzungsrückgang habe bewirkt, dass die monatlichen Durchschnittsätze der nach Ansicht der Telekom Deutschland GmbH nicht erhaltenswerten Telefonstellen weit unter 50 Euro liegen und somit in keinem wirtschaftlichen Verhältnis zu den Betriebskosten wie Strom, Reinigung, Wartung und Entstörungen sowie den Kosten für die Beseitigung von Vandalismusschäden stehen. Daher sollen nun die am geringsten frequentierten Standorte in Brühl abgebaut werden. In diesem Jahr sollen vier der bisher bestehenden Standorte (s. Anhang) zurückgebaut werden. Für das Frühjahr 2018 soll eine erneute Bewertung der restlichen sechs Standorte durchgeführt werden mit der Absicht, diese ebenfalls vollständig zurückzubauen.

Allerdings kann ein öffentlicher Fernsprecher nach Ansicht der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände trotz mangelnder Wirtschaftlichkeit zur notwendigen Grundversorgung gehören. Zudem können kostenlose Notrufe abgegeben werden. Daher empfiehlt diese Vereinigung, die Zustimmung nur zu erteilen, sofern von der Entbehrlichkeit des öffentlichen Fernsprecherstandorts ausgegangen wird. Die Gemeinden sind nicht verpflichtet, eine Verweigerung der Zustimmung zu begründen. Beachtet werden muss, dass die Telekom Deutschland GmbH im Falle eines Irrtums über die Entbehrlichkeit des Standorts grundsätzlich nicht zum Wiederaufbau verpflichtet ist.

Sofern die Zustimmung zum Abbau eines unwirtschaftlichen öffentlichen Fernsprecherstandorts verweigert wird, ist die Telekom Deutschland GmbH berechtigt, den vorhandenen Fernsprecher durch ein kostengünstiger zu unterhaltendes Basistelefon zu ersetzen. Die Wartungskosten dieser Basistelefone belaufen sich auf 175 Euro monatlich, wobei diese wiederum in keinem wirtschaftlichen Verhältnis zu den zu erwartenden Einnahmen stehen laut Aussage der Telekom Deutschland GmbH. Die Gemeinde Brühl befindet sich in einem Sondergebiet, in dem kein Technikwechsel an den vorhandenen Telefonen möglich ist. Dieser Technikwechsel ist jedoch notwendig, da die Telekom Deutschland GmbH sukzessiv alle öffentlichen Telefonstellen auf IP-Technik umrüsten muss. Um diese Standorte aufrechterhalten zu können, fallen Investitionskosten von ca. 16.000 Euro (für alle vier Standorte in Brühl in 2017) an.
Die Telekom Deutschland GmbH empfiehlt daher, um der Bevölkerung die Möglichkeit zur Absetzung von Notrufen zu gewährleisten, öffentliche SOS-Notrufsäulen zu installieren. Diese können über die Björn Steiger Stiftung erworben werden. Dies ist eine gemeinnützige Organisation, die sich seit 1969 für die Verbesserung der Notfallhilfe in der Bundesrepublik Deutschland einsetzt.

Da unabhängig von der Verbreitung der Mobilfunktelefone öffentliche Fernsprecher zur notwendigen Grundversorgung gehören und die Telekom Deutschland GmbH im Falle eines Abbaus grundsätzlich nicht mehr zum Wiederaufbau verpflichtet ist, ist die Gemeindeverwaltung der Ansicht, das Einverständnis zum vollständigen Rückbau der öffentlichen Münz- und Kartentelefone nicht zu erteilen. Die Gemeindeverwaltung Brühl begrüßt eine Ersetzung der Fernsprecher durch Basistelefone. Diese können nur noch bargeldlos mit einer sog. „ComfordCard“ benutzt werden. Notrufe können jederzeit kostenlos abgesetzt werden.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt hat bereits in seiner letzten Sitzung am 04.12.2017 über den vollständigen Rückbau der Münz- und Kartentelefone getagt und einstimmig entschieden, dem Rückbau nicht zuzustimmen und stattdessen die Fernsprecher durch Basistelefone auszutauschen.

Der Bürgermeister:

Beratungsergebnisse

Einstimmig	Stimmenmehrheit	Anzahl ja	Anzahl nein	Anzahl Enthaltungen	Abweichender Beschluss